

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 M., monatlich 22 M., ohne Postbefreiung. Für Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 29. März 1919

Einzelgenusspreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 M., die längste haltende Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 M. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 33

Neuwahl der Arbeiterräte und zweiter Rätekongress

Nach mehrmaligem Hinausschieben ist bekanntlich als Termin der Abhaltung des zweiten Rätekongresses der 8. April bestimmt worden. Der Zentralrat hat sich bei dieser Festlegung von der Absicht leiten lassen, daß das von den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei, von denen in erster Linie der Ruf nach einem neuen Rätekongress ausgeht bzw. überhaupt ausgeht, geforderte frühere stattfinden sich nicht ermöglichen läßt, wenn von einer ordnungsgemäßen Vorbereitung die Rede sein soll. Als Tagesordnung wurde von ihm vorläufig festgelegt: 1. Bericht des Zentralrats (Referent Leiner). 2. Der Aufbau Deutschlands und das Rätehilfsmittel (M. Cohen). 3. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens (Kautsk). 4. Neuwahl des Zentralrats. Gleichzeitig ist von dem Zentralrat auch eine Neuwahl der Arbeiterräte angeordnet worden, und zwar wurden alle über 20 Jahre alten, in einem Arbeits- oder Angestelltenverhältnisse lebenden Personen (auch im Staats- und Gemeinbedienst), sofern sie nicht mehr als 10000 Mh. Jahreseinkommen haben, als wahlberechtigt erklärt. Die Wahlen sollten nach Bezirken vorgenommen werden, bis 29. März vor sich gehen und als Verhältniswahl gelten. Es wäre das also ein Verfahren gewesen wie bei den öffentlichen Wahlen seit der Revolution.

Nach den aus einigen Großstädten bekannt gewordenen Wahlergebnissen hat in Hamburg die Linke der Sozialdemokratischen Partei 240 Sitze, der Unabhängigen 37, der Kommunisten 25, der übrigen Parteien und Gruppen 98 Sitze erhalten; in Magdeburg ist der Wahlausfall in der gleichen Reihenfolge 135, 26, 12, 77; in Chemnitz 18, 1, 7, 4 bei erheblich geringerer Beteiligung.

Die Hoffnung, daß durch die Neuwahlen endlich eine ordnungsgemäße Zusammenlegung der Arbeiterräte herbeigeführt werden würde, wird sich nicht erfüllen. Wie die Arbeiterräte bei den Novemberereignissen zustande gekommen sind, entsprach nicht selten dem Zufall oder der Willkür, war häufig mit dem Grundsatze der Demokratie unvereinbar. Das System der Betriebswahl, richtig angewandt, hätte damals die vielen Merkwürdigkeiten nicht zur Folge haben müssen, wenn auch die Saat bei der Vornahme der Wahl manches verstreut haben mag. Bei den Delegiertenwahlen zum ersten Rätekongress haben diese Umstände dann fortspinnend zu der wahrhaftig nicht erhebenden Tatsache geführt, daß nicht weniger als 160 Mandate für ungültig erklärt werden mußten. Das alles wäre Veranlassung genug gewesen, in den Städten, wo es sozusagen nicht kolcher hergegangen war bei den Wahlen zu den Arbeiterräten, diese auf eine unannehmbare Basis zu stellen durch Umlegung von Neuwahlen; getreu dem in der neuen Ara doch als besonders heilig zu achtenden Grundsatz: Des Volkes Wille ist das oberste Gesetz! Die in kleineren Betrieben Beschäftigten waren meistens arg zu kurz gekommen. Aber, es wird der Fall nicht häufig gewesen sein, daß in den in Betracht kommenden Orten nachdem eine allen berechtigten Anforderungen entsprechende Neuwahl, der keine zeitlichen Bedenken entgegenstanden, vorgenommen worden ist, so daß bis jetzt so mancher Arbeiterrat gar nicht als legitimiert anzusehen ist.

Der Zentralrat hat, um allen Erfordernissen diesmal besser zu genügen, sich für das Wahlbezirkssystem und die Verhältniswahl entschieden, auch für die Bauernräte, während für die Soldaten nach Truppenteilen gewählt werden soll. Als Wahlausweis gilt für die ersten beiden Kategorien eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Beschäftigung und das Einkommen. Die Arbeitslosen haben sich bei der Wahl durch Vorlegung der Arbeitslosenkarte auszuweisen. Wahlberechtigt und wählbar sind Personen beiderlei Geschlechts, wenn sie das 20. Lebensjahr erreicht haben. Auf je 250000 Einwohner soll ein Kongressdelegierter entfallen, bei den Soldaten auf jedes Armeekorps usw. einer. Auch der Reichsausschuß der

Arbeiterräte Österreichs ist zur Entsendung von Delegierten eingeladen worden. Mit dem Übergang von der Betriebs- zur Bezirkswahl wollte man wahltechnisch eine Erleichterung geben, namentlich in bezug auf Erhaltung der kleineren Betriebe, denn die Zeit war für die Erledigung aller Obliegenheiten recht knapp.

Während nun Mitte März die Neuwahlen der Arbeiterräte zum Teil vor sich gingen und im allgemeinen das von den öffentlichen Wahlen bekannte Ergebnis wiederholten, war aus den Senftrapunkten Berlin und Leipzig auffallenderweise nichts zu hören über die Vornahme der Neuwahlen, obwohl in Plebisiten auch in einigen Versammlungen bei Abbruch des glorreichen Generalstreiks die sofortige Neuwahl eines „revolutionären U. und S.-Rates“ gefordert war.

In Berlin kam es erst am 19. März im Volksrat zu einem Beschlusse, die Neuwahlen stattfinden zu lassen, aber auch nur mit 9 gegen 8 Stimmen. Damit hatte es jedoch sein Bewenden, denn nun ging die Opposition mit Volldampf vor. Daß die Zeitbemessung viel zu kurz sei, war der formelle, der prinzipielle Einwand der von den Unabhängigen und den Kommunisten verfolgten Grundsatze der Betriebswahl. Die Letzgenannten hatten darüber jedoch keine Zweifel befallen, denn schon am 27. Februar verlangte die „Rote Fahne“ unweidlich:

Neuwahl aller örtlichen U. und S.-Räte; Neubelebung der Betriebsräte, aus denen die Delegierten zum Kongress hervorgehen. Reinigung der Räte von allen Scheidemännern und unentschiedenen Sozialisten. Bildung kommunistischer Fraktionen in den Räten.

Wahl der Arbeiterdelegierten nach Betrieben. Delegierte aus Bezirkswahlen, wie sie in Chemnitz, Dresden und jetzt auch in Berlin eingeführt sind, gehören nicht in den Kongress; durch solche Wahlen wird das Rätehilfsmittel verflücht.

Was sich in der ersten Hälfte dieser Woche in Berlin als „Klärung“ des Streites abspielte, war in der Hauptsache die Realisierung der von dem Spartakistischer Zentralrat vier Wochen zuvor abgegebenen Parole. Die stürmischen, aber mit einem Kompromiß geendigten Vollversammlungen der U. und S.-Räte Groß-Berlins boten wieder die unersichtlichste Richtungsbildung, mit einem abfälligen Worte von Kautsk: „eine Diktatur von Proletariats über Proletariat“. So hat sich ja leider die als Dogma selbst vom Parteitag der Unabhängigen — dank Saale — nicht anerkannte „Diktatur des Proletariats“ schon abgewandelt! Ein Kommunist erklärte, die Bezirkswahlen würden der Arbeiterschaft nicht genügenden Einfluß gewähren, und mit den Listenwahlen könnten zum größten Teil Gewerkschaftsbeamte gewählt werden. Dieses Moment entspringt unseres Erachtens dem gleichen Bedenken, das die reaktionäre Hertling-Regierung gegen die Wahl von Arbeiterführern zu den Arbeiterräten hatte, was entscheidenden Protest bei den Vertretern der Arbeiterschaft auslöste, woran dann der Entwurf scheiterte. Jedenfalls eine hübsche Reminiszenz. Dieser Redner drohte noch, die kommunistische Partei werde mit allen Mitteln die Berliner Arbeiterschaft von solchen Wahlen fernhalten. Das System der Betriebs- und Berufswahl wurde von ihm als das einzig richtige bezeichnet. Wir gestehen, dafür auch mehr Interesse zu haben; allerdings aus dem andern Grunde, weil die von der Reichsregierung vorbereitete Umwandlung der Arbeiterräte in Betriebsräte für die Aufgabenerfüllung zweckentsprechender ist. Die wahre Demokratie bei der Wahl der Hand- und Kopfarbeiter fürchten wir nicht; im Gegenteil, wir fordern sie und verlangen die berufene Vertretung aller, einschließend der in kleineren Betrieben Tätigen. Die Unabhängigen wandten sich mit Entschiedenheit gegen die Bezirkswahlen, weil sie darin eine Verfälschung des Rätehilfsmittels erblickten. In der fortgesetzten Verlammlung am 26. März machte ihr Vorsitzender Müller aber Ausführungen, die unserm Standpunkte schon näher kommen. Seine Partei stellt sich danach auf den Standpunkt:

Alle gegen Entgelt beschäftigte Personen werden zu Zwangsorganisationen zusammengeschlossen. Die Gewerkschaften und Berufsorganisationen sind diesen Zwangsorganisationen einzuzugliedern. Das

gesamte Reichsgebiet wird in Wirtschaftsgebiete gegliedert, die zu Bezirkswirtschaftsräten zusammenzufassen, über denen ein Reichswirtschaftsrat steht. Die Räte werden nach dem Verhältnisystem gewählt, aber nicht auf bestimmte Zeit, sondern auf Verlangen der Mehrheit der Wähler ist jederzeit eine Neuwahl vorzunehmen.

Müller wandte sich auch gegen das von den Kommunisten geprägte Schlagwort „Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten“, das keine Anstrengungen erfordere. Die Mehrheitssozialisten traten zunächst für die von dem Zentralrat herausgegebene Vorlage ein (auch die demokratische Fraktion tat dies), ihr Redner gab aber zu, daß man über das Wahlssystem streiten könne. Mit dem den beiden Linksparteien geltenden Ausspruch: „Es scheint, daß Sie Angst haben vor der wirklichen Meinung der Arbeiter“, traf er trotz des Widerspruchs aber wohl das Richtige. Die mehrheitssozialistische Partei ließ jedoch ihren Einspruch gegen eine andre Vornahme der Wahl fallen, und da nach dem Reglement des Zentralrats von einer Neuwahl abgesehen werden kann, wenn frühere Wahlen nach dem Verhältnisystem stattgefunden haben, was auf Berlin zutraf (so ungeordnet es auch bei den ersten Wahlen zugegangen ist), so wird der schon erwähnte Kompromiß wohl noch zustande gekommen sein. (Bei Schluß dieser Nummer war der Ausgang der letzten Verlammlung noch nicht bekannt.) In Berlin hätten also des lieben Friedens wegen die Mehrheitssozialisten nachgegeben, so daß der zweite Rätekongress wenigstens nach dieser Seite nicht gleich ein Duvertüre mit dem Paukenschlage bringen wird.

In München und Oberbayern hat man vorher schon von der Neuwahl abgesehen, da für Bayern besondere Wahlbestimmungen gelten. Man will jedoch nicht nach dem Verhältnisystem wählen, weil sonst Arbeiter- und Bauernräte kommen könnten, „die alles andern sein würden als Vertreter für die Interessen des Proletariats“. Man sieht, es ist ein heilloser Durcheinander, denn in Berlin wollen auch die Unabhängigen nunmehr die Verhältniswahl.

Kommen wir zu Leipzig, so wird die Zerfahrenheit vollends offenbar. Nachdem im November der Arbeiter- und Soldatenrat förmlich aus der Erde gestampft auf der Bildfläche erschien, von Verhältniswahl keine Rede gewesen war und die Großbetriebe sehr stark dominieren, wenn auch die kleineren theoretisch zugelassen sind, war man auch in den Kreisen der alles beherrschenden Unabhängigen der Ansicht, auf geordnetem Weg eine richtige Wahl vorzunehmen. Dann aber gab man vor, bis zu dem (Mitte Dezember stattgehabten) Rätekongress noch zu warten, der vielleicht über die Wahlen Bestimmungen treffen würde, wenn das auch gar nicht vorgelesen war. Es kam aus diesem und andern Gründen auch nicht dazu — und in Leipzig nachdem ebenfalls nicht. Im Laufe der Monate stand der Punkt Neuwahlen mehrmals auf der Tagesordnung des U. und S.-Rates, immer wieder wurde er abgelehnt. Trotz kräftiger Rippenstöße in Verlammlungen und vor allem in der Presse ist es auch dabei geblieben. Am 26. März hat man endlich zur Vorbereitung der Neuwahlen eine Kommission eingesetzt. Die Sache kann also noch gute Weile haben. Die „Leipziger Volkszeitung“ als Sprachrohr hatte sich kurz zuvor gegen das Reglement des Zentralrats gewandt, das mit der Zulassung aller Personen mit Einkommen bis zu 10000 Mh. einen „Wechselbalg von Arbeiterräten“ schaffen wollte. Es sei an dem Betriebswahlhilfsmittel festzuhalten. Für den Fall, daß die Leipziger Delegierten auf dem Rätekongress am 8. April nicht anerkannt werden, wurde ein Zusammenschluß der „wahrhaft revolutionären U. und S.-Räte“ und ein besonderer Kongress in Aussicht gestellt. In Leipzig hat man mit derartigen Androhungen ja etwas los, bedauerlich ist nur, daß so etwas der Arbeiterschaft immer wieder geboten werden darf. Augenblicklich soll auch fernerhin die „Homogenität“ des „Angst- und Sorgenrates“, wie der Leipziger Volksrat sagt, aufrechterhalten werden und die Vorherrschaft gewisser Großbetriebe gewahrt bleiben. Der U. und S.-Rat hat sich abermals „ver-

genern" lassen, wie die jedige Einsetzung eines fähigsten Präsidiums es drücklich erweist, dem die weitgehendsten Vollmachten übertragen sind. Dr. Geper hat schon angedeutet, die schwerwiegendsten Dinge zu bauen, „die vollständig nicht nur Streiks bleiben würden“. Wie sich die Leipziger nun zu den von den Berliner unabhängigen gefundenen Richtlinien für die Wahl und Zusammenfassung der Arbeiterräte stellen werden, wird sehr interessant sein. Die Zusammenfassung des Leipziger U- und S.-Rats hält sich bisher fern von jeder Demokratie! Ob sich die Leipziger Arbeiter in ihrer Gesamtheit die unabhängige Rudendorferlei aber weiter gefallen lassen, ist nach dem Generalfreik noch eine Frage für sich.

Auf jeden Fall müssen reichsrechtliche Bestimmungen für die Wahl der Arbeiter(Vertriebs)räte geschaffen werden, so geht es nicht weiter. Mit diesem neuen Werden wird sich der „Korr.“ noch besonders beschäftigen. Allen Stimmgewaltigen aber sei die Warnung Kautskys zur Verbergung empfohlen:

Die Diktatur erweist sich nicht als ein Mittel einer sozialistischen Partei, die in einem Staat im Gegensatz zur Mehrheit des Volkes zur Herrschaft kommt, diese dort zu sichern, sondern nur als ein Mittel, sie vor Aufgaben zu stellen, die ihre Kräfte übersteigen, an deren Lösung sie sich erschöpft und aufreißt; wobei sie nur zu leicht den Gedanken des Sozialismus selbst kompromittiert, seinen Fortschritt nicht fördert, sondern demt.

Die U. S. P. auf bedenklichem Pfade!

Die hervorragende Wirksamkeit der freien deutschen Arbeitergewerkschaften findet eine überaus erfreuliche Anerkennung in der zur Zeit auf weit mehr als drei Millionen angewachsenen Zahl jener Volksgenossen, die sich unter ihr Kulturbanner scharen. In diesem hochbedeutenden Ercheinungsbild spiegelt sich nicht allein eine außerordentlich anschwellende Werbekraft der Verbände wider, sondern es zeigt sich auch in eminentem Maße, daß das Vertrauen der arbeitenden Volksschichten in die bisher geleistete großartige gewerkschaftliche Arbeit mehr und mehr zunimmt.

Angesichts einer solch verheißungsvollen Entwicklung muß um so mehr vor Bestrebungen und Handlungen gewarnt werden, die bei ihrer Anwendung der inneren Geschlossenheit und damit der Nationskraft der Organisationen Beeinträchtigung zu bringen drohen. So hat u. a. der jüngst in Berlin abgehaltene Parteitag der U. S. P. es für gut befunden, die Fälligkeit der Gewerkschaften, insbesondere die ihrer Führer, einer „wohlwollenden“ Behandlung zu unterlegen. Bei Gelegenheit dieser Tagung erblidete eine sogenannte Entschleunigung zur Gewerkschaftsfrage (über die unterhalts in einer der nächsten Nummern noch einiges gesagt werden wird. Red.) das Licht der Welt, die neben andern Unschlichkeiten folgendes zum Ausdruck bringt:

„Wichtig der Gewerkschaftsmittglieder ist es, der (in der „Entschleunigung“ vorübergehend. D. P.) gekennzeichneten Politik jener Gewerkschaftsführer und -angestellten mit aller Entschleunigung entgegenzutreten, die Schäden innerhalb der Gewerkschaften zu beseitigen und letztere zurückzuführen auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes.“

Am dieses zu erreichen und damit den Interessen des Proletariats zu dienen, ist es notwendig, daß sich jedes Mitglied der U. S. P., daß sich alle Anhänger des revolutionären Proletariats in den Gewerkschaften betätigen.

Nicht durch den Austritt aus den Gewerkschaften, sondern durch unsere Mitarbeit innerhalb derselben werden die Gewerkschaften auf den Boden der Revolution gebracht, in Wesen und Inhalt zurückgeführt zum proletarischen Klassenkampf.

Mit dieser prinzipiellen Stellung zu den Gewerkschaften läßt der Parteitag die Organisationsfragen und Differenzen in den einzelnen Gewerkschaften, die unstrittigen Organisationsformen im Gewerkschaftsleben u. a. unberührt.

Der Parteitag empfiehlt den Gewerkschaftsmitgliedern der U. S. P. die Einsetzung einer zentralen Kommission, die mit Unterstützung solcher Kommissionen in den einzelnen wirtschaftlichen Gebieten des Landes die weitere Entwicklung der Gewerkschaften, ihre Tendenzen und Erscheinungen beobachtet, Informationen austauscht, den Genossen mit Material dient usw., im übrigen aber an ihrem Teile die gesteigerte Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse im revolutionären Kampfe zu fördern sucht.

Demnach sollen also die Gewerkschaften zwecks ihrer „Zurückführung auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes“ zu parteipolitischen Diskutierclubs, in denen die Ansichten und Drucksprüche von Anhängern der U. S. P. selbstverständlich als aller Weisheit alleinigen und letzten Schluß zu gelten haben, umgewandelt werden.

Als eine für das fernere Gedeihen der Gewerkschaftsbewegung fördernde Tat wird man die „Entschleunigung“ auf keinen Fall bewerten können. Im Gegenteil ist die verlangte (partei)politische Betätigung innerhalb der wirtschaftlichen Interessenvertretungsinstitutionen der Arbeiterklasse unbedingt zurückzuführen. Für jeden urteilsfähigen Gewerkschaftler erscheint dies als um so notwendiger, weil unverkennbar die in der „Entschleunigung“ empfohlene Einsetzung einer zentralen Kommission mit dem Zwecke

der „Beobachtung“ über die weitere Entwicklung der Gewerkschaften, ihrer Tendenzen und Erscheinungen, sobald über Informationsaustausch, Materialbeschaffung usw. in Aussicht stellt, daß hiermit einem parteipolitischen Spitzel- und Denunziantentum krasserer Sorte zur Blüte verholfen werden soll. Ein solch unbedingtes und unerhörtes Einmischen in Gewerkschaftsangelegenheiten verdient allerhöchste Verurteilung. Wir verlangen die Beibehaltung einer klaren, auf wirtschaftlicher Basis beruhenden Organisationspolitik.

Sehr bemerkenswert sind übrigens die Erfahrungen, die z. B. sich in Leipzig hinsichtlich der gewerkschaftlichen Beibehaltung der U. S. P.-Leute gemacht werden konnten. Hier hat sogar das britische Gewerkschaftskartell, in dem gegenwärtig die unüberprüfliche „Toleranz“ der das Kartell zur Zeit bederrückenden „Unabhängigen“ zu voller Entfaltung gelangt, erst kürzlich sich das Recht zugemutet, einen Antrag, wonach alle Ämter in den Kommissionen nur durch Mitglieder der U. S. P. zu besetzen sind, zu akzeptieren. Also diese elende Bestimmungsbefugnisse ignoriert einfach die organisatorischen Fähigkeiten solcher Menschen, die aus Überzeugungsgründen ihre Seele der gewiß doch keineswegs als alleinigmachend anerkannten U. S. P. nicht verstoßen können. Wie hier recht kräftig ad oculos demonstriert wird, gilt demgemäß in „unabhängigen“ Kreisen die Vergegenwärtigung Andersdenkender geradezu als eine parteipolitische Tugendleistung par excellence! Gleichzeitig wird in ununterbrochener Folge in den Spalten der als „objektiv“ rühmlichst bekannten „Leipziger Volkszeitung“ und seitens ihrer Parteigänger in schönster Form alles das in die kleinsten Schlingen des Höllenrechs verdammt, was nicht zur Fahne der U. S. P. schwört. Bedauerlicherweise gelingt es den Fanatikern unter Anwendung starker und härtester Verleumdungstrummelerei in nicht wenigen Fällen, die Stellung der sogenannten Gewerkschaftsböden stürmisch zu machen, so daß mancher verdienstvolle Verbandsfunktionär der Verfirmung irgeleiselter Mittelschichten zum Opfer fällt.

Es würde zu weit führen, an dieser Stelle das gesamte gewerkschaftliche Sündenregister der Leipziger „Unabhängigen“ aufzuschlagen. Das hier Vorgelegene ist aber auch schon hinreichend, um zu zeigen, wozu wir mit unsern Verbänden im allgemeinen wie mit unser Berufsorganisation im besondern hinführen, wenn der Politisierung des organisatorischen Daseins Tor und Tür aufgesperrt würden. Zerstückelung, unheilvolles Bekämpfen der Mitglieder unter sich und dadurch bedingt ein unaussprechliches Sinken des Interesses gerade oft nicht der schlechtesten Verbandsangehörigen an der Gewerkschaftsfrage wie auch Infragestellung der gewerkschaftlichen Aktionsfähigkeit sind die kläglichen Folgeerscheinungen derartiger Verbändel.

Unre ernsten Zeitsäule, der außerordentlich gewachsene Aufgabenkreis der Verbände, die unabwägbare Notwendigkeit alsbewährter und sachverständiger praktischer Organisationsarbeit erfordern dringend das Vorhandensein einer Mittelglieder, die — getragen von idealem Geiste und gerechtem Urteilsvermögen — geschlossen bis zum letzten Mann, geeint und stark zusammenhängen. Am dieses Erfordernis erreichbar zu machen, verlangen wir Neustrukturierung der Gewerkschaften in parteipolitischen Dingen und Fernhalten unfruchtbarer parteipolitischer Diskussionen im Rahmen der Organisation!

Leipzig.

J. W.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. Am 1. April können drei bei der Firma Milstein & Co. beschäftigte Kollegen auf eine 50 jährige Berufstätigkeit zurückblicken: die Seher Albert Berger, geboren am 26. Oktober 1854 in Schönebeck, Theodor Schneider, geboren am 25. Oktober 1855 in Schwiebus und Adolf Dietrich, geboren am 26. März 1855 in Berlin. Erstere beiden sind seit vielen Jahren bei obiger Firma tätig, während letzterer zum alten Sabme der „Vollkraft“ gehört, die seit 1914 mit der Firma Milstein & Co. vereinigt ist. Alle drei Jubilare erfreuen sich noch besonderer geistiger Frische und körperlicher Gesundheit, und wir wünschen, daß ihnen diese beiden höchsten Güter noch lange erhalten bleiben. Von einer Feier wird aus Anlaß der ersten Zeit vorläufig noch Abstand genommen.

Amn. Die Ältere Gehilfenschaft ist fester denn je zusammengeschweißt und gewillt, alle ihr zuzuführenden Rechte mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln geltend zu machen. Wenn auch der große Lehmeister Krieg und die sich daran knüpfenden geschichtlichen Umwälzungen ihr rechtlich Teil zum festesten Zusammenhalte der heiligen Kollegenchaft beigetragen, so gebührt nicht minder Verdienst dem Teile der Prinzipalität, der aus Kurzsichtigkeit und mangelndem sozialen Verstande gegen die heftigsten Feuerzusage Protest einlegte. Diese Festhaltung konnte Kollegen Albrecht eingangs seiner Berichterstattung über die Sitzung des Tarifausschusses machen. Die sehr zahlreich im Märzsaale des „Gürzich“ versammelten tariftreuen Gehilfen folgten mit gespanntester Aufmerksamkeit den trefflichen Ausführungen des bewährten Gehilfenvertreters. Lebhafte Befriedigung erwiderte u. a. die Zurückweisung der Verträge der Prinzipale, die Gehilfen als Klagen in den Anklagezustand zu versetzen, nicht minder die Beschlüsse betreffs Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer und der arbeitlosen Familienmitglieder. Starke Enttäuschung, die sich durch Zurückgegend machte, rief das Verhalten eines Nachener Prinzipals hervor, der den Druckereivertrauensmann, einen Familienwater, entließ, trotzdem letzterer lange Jahre bei der Firma beschäftigt war. Die Entlassung erfolgte einzig und allein aus dem Grunde, weil er seiner Pflicht als Vertreter seiner Kollegen nachkam. Um dem empörenden Verhalten die Krone aufzusetzen, wurde auch noch die Fülle der Befehlsgruppen erbeutelt! In verschiedenen Orten wurde die Zulage zum Sanitätsobjekt gemacht und versucht, mit Teilzahlungen die Gehilfen abzuspeisen. Die Nachzahlung der vordemmaligen Summen gab heute den einzelnen Prinzipalen recht un bequem erheinen. Der Redner wandte sich gegen die von den Prinzipalen bei Erhöhung der Druckpreise und der Abonnements- sowie Einzelgenpreisen gegebenen öffentlichen Erklärungen, daß die betreffenden Erhöhungen eine notwendige Folge der steigenden Gehilfenlöhne sei. Die klandale Verleumdung aller Rohmaterialien ist weit schwerwiegend. Erfreulich sei, daß endlich Aussicht bestehe, daß auch mit der Hilfsarbeiterorganisation allgemein gültige Abmachungen in Kürze zu erwarten seien. Lebhafte Befall besandte die Ausführungen. In der anschließenden Aussprache wurde besonders hervorgehoben, daß die Einkriegel der Gehilfen in der Folgezeit so, wie in letzter Zeit, prägnanten Ausdruck finden müsse. Dies sei der sicherste Schutz gegen über vorsichtigen Abbaugeschäften. Anzustreben sei die Befestigung der Leiber in unserm Gewerbe sich mehr und mehr ausdehnenden Sonntagsarbeit sowie die möglichste Beschränkung der Nacharbeit. Die Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer müsse überall durchgeführt werden. Allgemein wurde den Gehilfenvertretern Anerkennung gezollt und das Ergebnis der Verhandlungen als befriedigend erklärt, wenn auch in Anbetracht der klandale weiteren Verleumdung aller Artikel und der Knappheit an rationellsten Lebensmitteln eine weitere Erhöhung der Feuerzusage als angebracht erachtet wurde. Erwähnung möge noch der Wunsch eines Diskussionsredners finden, der eine Verharmlosung von Verband und Gutenbergband befürwortete.

—n. Königsberg i. Pr. Unsere Generalversammlung am 16. Februar erfreute sich eines Massenbesuchs. Derselben ging eine Gedächtnisfeier für unsre gefallenen Kollegen voraus. Die „Typographie“, unter Leitung ihres Dirigenten, eröffnete die Feier mit zwei Chorgesängen. Dann gedachte unser Vorhänger Wittenberg mit bewegten Worten der 57 Kollegen, die unsern Ortsverein durch diesen blutigen aller Kräfte entziffen worden sind. Darauf wurde ein von einem Kollegen recht kimmungsvoll verfaßtes gemeinschaftliches Lied gesungen. Nachdem die „Typographie“ noch einen Chorgesang zu Gedächtnis gebracht und die Kollegen sich zu Ehren der Gefallenen von ihren Plätzen erhoben hatten, schloß die erhabende Feier. — Nach einer Pause eröffnete der Vorhänger mit einer Begrüßungsansprache an die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen die Generalversammlung. Er gedachte des verstorbenen Kollegen Faber (Berlin) und zweier hier verstorbenen Kollegen. Die Versammlung ehrte die Kollegen in üblicher Weise. Der Vorhänger stellte ferner mit, daß folgende, mit über 100 Unterschriften versehene Anfrage an den Vorstand gerichtet sei: „Was gebührt der Vorstand der Königsberger Buchdrucker zu tun, um die Entlohnung seiner Mitglieder auf eine den heutigen Zeitverhältnissen angemessene Höhe zu bringen?“ Nachdem der Vorhänger einiges aus den Verhandlungen mit den Prinzipalen mitgeteilt und dabei betont hatte, daß die Gehilfenschaft mit aller Bestimmtheit auf eine Verbesserung ihrer trostlosen Lage rechte, und dieses noch in erdägender Weise vom Savorstlicher Reisner beauftragt worden war, schritt man zur Beantwortung obiger Frage. Es entspann sich eine außerordentlich rege Debatte, in der die Meinungen heftig aufeinanderprallten. Seher war sich darüber klar, daß unser Lobn der heutigen Zeit nicht entspricht; nur über den Weg, der zur Verbesserung beschritten werden sollte, konnte man sich nicht einig werden. Mitleidig wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß infolge der abnormen Verleumdung aller Lebensmittel, Bedarfsartikel, Erhöhung der Steuern sowie Mieten der Tarifausschuss nicht nur die 12 Mk. Erhöhung seit dem 1. Januar beibehält, sondern daß sich die Lohnstunde auf 2 resp. 2,20 Mk. erhöhen möchte. Endgültig wird zu der gestellten Frage erst nach Bekanntwerden des Resultats der Tarifausschubung Stellung genommen werden. — In der Fortsetzung der Generalversammlung am 19. Februar gab der Vorhänger zunächst den Jahresbericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß den Familien der Kriegsteilnehmer 2122 Mk. bis zum Schlusse des Krieges ausgezahlt werden konnten. Diese Summe haben die Kollegen durch Ertrabellträge aufgebracht. Sie zeigt von dem Opfermahn unsern Kollegen, wofür wir auch hier unsern Dank abtasten wollen. Dem Witwenfonds sind 120 Mk. überwiesen. Dem Kassierer wurde Entlassung erteilt. Dem Witwenfonds ist ein einmaliger Zuschuß von 180 Mk. überwiesen. Der alte Vorstand, mit Ausnahme eines Kollegen, der eine Neuwahl ablehnte, wurde wiedergewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorhänger die gutbesuchte Versammlung.

Leipzig. Am 30. März kann der Seher Artur Mann-teufel auf eine fünfzigjährige Berufstätigkeit zurückblicken. Nachdem er in jüngeren Jahren sein Glück in der Welt versucht hat, ist er nun über 26 Jahre im Betriebe der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ tätig.

Leipzig. (Schrittschneider.) Am 20. Februar folgende Versammlung war nach den unheilvollen Kriegsjahren die erste Gelegenheit wieder, wo die Kollegen sich zu gemeinsamem Tun zusammenfanden. Eine interne Zusammenkunft im Monat Januar war dieser Versammlung vorausgegangen. Der Besuch der Versammlung war ein guter zu nennen, und wenn der Welt, welcher diese

Verammlung beiseite, vorhält, dürfte nunmehr die Stunde gekommen sein, wo auch für unsre Kollegen hier in der beschränkten Anzahl etwas Positives geschaffen wird. Der Böhmerorden hat auch in unsre kleine Mitgliebschaft schmerzhafte Risse gerissen. Die Verammlung ehrte das Gedächtnis der Gefallenen und in der Seimahl Verstorbener in üblicher Weise. Kollege G. Wagner, als stellvertretender Vorsitzender, erstattete der Verammlung einen aufmerksamen Bericht über die Tätigkeit der Vereinigung während des Krieges. Den Kassenbericht gab Kollege Wagner ebenfalls. Es wurde ihm sowie dem Kollegen D. Fischer, welche beide zuerst gemeinsam in den Kriegsjahren die Geschäfte der Vereinigung geführt haben, einmütig Entlastung erteilt und ihnen für das bewiesene Interesse an der Vereinigung noch besonders gedankt. Bei der folgenden Vorstandswahl wurde Kollege Selve, welcher wieder aus dem Felde zurückgekehrt ist, als erster Vorsitzender wiedergewählt, während Kollege Kurt Kunze an Stelle des gefallenen Kollegen Hoffmann als Kassierer gewählt wurde. In der folgenden Aussprache über die örtlichen Verhältnisse wurde den Kollegen von der Lohnbewegung bei der Firma Scheller & Giesele berichtet. Die Kollegen sind dort einmütig in den Streik getreten, und die starre Haltung seitens der Firma habe noch keine Einigung zugelassen. Bei dieser Gelegenheit wurde auf die trostlose örtliche Lage unseres Gewerbes hingewiesen, und einmütig kam zum Ausdruck, daß auch für unsre Kollegen hier ein ausreichender Lohnsatz mit den Prinzipalen geschaffen werden müsse. Es ist eine dringende Notwendigkeit, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserm Gewerbe den jetzigen abnormen Zuständen anzupassen. Beseitigt doch in unserm Gewerbe noch das alte Preisverhältnis mit nur geringem Aufschlag. Dementsprechend sind auch die Löhne, 50 Mk. Wochenlohn gilt als gut. Es ist Tatsache, daß unsre Kollegen schlechter als ungelernete Arbeiter entlohnt werden. Unser Gewerbe stellt hohe Anforderungen an den einzelnen Mann, es ist demnach auch nötig, daß Gewerbe wie Arbeiter dementsprechend gewertet und gelohnt werden. Mit Nachdruck brachte die Verammlung zum Ausdruck, daß die vor dem Kriege so verbreitete gewerbeliche Seimarbeit nicht wieder Platz greifen darf, und wo selbige noch vorhanden ist, mit allen Mitteln zu unterbinden sei. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß wir heute, nachdem wir über vier Jahre unsre Interessen denen der Allgemeinheit haben unterordnen müssen, ein Recht darauf haben, unser auskömmlichen Bedingungen zu arbeiten und zu leben. Er wies ferner darauf hin, daß es uns bei einem geschlossenen Vorgehen nicht schwer fallen dürfte, unsre berechtigten Forderungen zu verwirklichen. Es wurde dann noch der Vorschlag gemacht, daß, solange noch Arbeitslose an einem Ort sind, Zugang zu unterbleiben hat und die Prinzipale keine auswärtigen Kollegen einstellen dürfen. Es sollen dahingehende Schritte unternommen werden. Mit der Zentralkommission sowie mit der Gauleitung des Verbandes soll wieder engere Fühlung genommen werden. Mit dem Appell, geschlossen zusammenzutreten für unsre Sache und die allmonatlich nur einmal stattfindenden Verammlung auch zahlreich zu besuchen, was für die tätigen Kollegen im Vorstände die beste Anerkennung sei, schloß Kollege Selve die Verammlung.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Buchdrucker als Fachschullehrer. Kollege Franz Köhler in Waizen wurde als Lehrer an die Buchdruckerfachklasse der dortigen Industrie- und Gewerbeschule berufen.

Buchdrucker als Landtagsabgeordnete. Als Abgeordneter für Sachsen-Altenburg wurde Kollege Johannes Kuchbach gewählt.

Zum Papierverbrauch im zweiten Vierteljahr 1918. Laut Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums dürfen Verleger und Drucker von Tageszeitungen im zweiten Quartal 1919 ebenfalls Papier verbrauchen, wie sie im zweiten Vierteljahr 1918 verbraucht haben. Die täglichen Zeitungen für das erste Viertel dieses Jahres auferlegte Einschränkung von 15 Proz. gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr ist also aufgehoben; der Reststand in der Papierfülle hinsichtlich der Tageszeitungen scheint demnach glücklicherweise überwunden zu sein. Erhöhter Voricht und Einstellung ist aber immer noch geboten, denn es darf in den einzelnen Monaten April, Mai und Juni monatlich nur je ein Drittel der für das zweite Vierteljahr festgesetzten Gesamtmenge geliefert werden. Ausgenommen hiervon sind Besätze, deren Gesamtmenge für das zweite Quartal 5000 kg nicht überschreitet. Die Herstellung von Druckwerken (Bücher, Sammelwerke, Einzelwerke, Sonderdrucken usw.), Musikalien und sonstigen periodisch erscheinenden Druckschriften darf insoweit eine Erleichterung erfahren, als hierfür in der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1919 die gleiche Menge Druckpapier bezogen und verbraucht werden kann, die — errechnet auf einen Zeitraum von drei Monaten — im Jahre 1916 verwendet worden ist. Auch hier ist die Beschränkung, welche zuletzt 40 Proz. von der im Jahre 1916 verbrauchten Menge betrug, aufgehoben worden, mithin eine Verbesserung von 40 Proz. gegenüber dem ersten Vierteljahr 1919 eingetreten. Allerdings muß bei den Tageszeitungen sowohl wie bei den Druckwerken usw. die Erhöhung der Auflagen, die doch in letzter Zeit ausweilend überall zu verzeichnen sein dürfte, in Betracht gezogen werden, so daß die Zeitungen und Zeitschriften mit bedeutender Auflagenvermehrung bis jetzt keine wesentlichen Vorteile von der Erhöhung der Zuteilung haben werden. Mit dem 1. Juli d. S. soll mit

der Kostenerhöhung des Papiers für Zeitschriften- und Buchverleger erfreulicherweise Schluß gemacht werden.

Übermäßige Papierpreisverhöhung. Eine weitere Erhöhung des Preises für Druckpapier um 12 bis 16 Pf. pro Kilo steht für 1. April bevor. Ferner ist in Betracht zu ziehen, daß mit dem 1. Juli d. S. mit dem Abbau der Rückvergütungen für Zeitungspapier an die Verleger seitens der einzelnen Staaten begonnen werden soll. Vorausichtlich wird eine Verhöhung dieser Rückvergütungen, welche bisher 16 Pf. pro Kilo betrug, um vorläufig 6 Pf. pro Kilo eintreten. Das bedeutet allerdings eine wesentliche Belastung der Zeitungen, und man kann es verstehen, wenn aus allen Gegenden Deutschlands Meldungen eintröfen, daß die Zeitungsherausgeber fast ausnahmslos eine Erhöhung der Abonnementspreise und Inzeratengebühren eintreten lassen. Nicht einverstanden können wir uns jedoch damit erklären, daß die Notwendigkeit dieser Erhöhungen von vielen Verlegern ausschließlich mit den erhöhten Steuererhöhungen begründet wird. Gewiß, auch unsre in Anbetracht der fortgeschrittenen Verteuerung sämtlicher Bedarfsartikel herausgehenden Steuererhöhungen tragen zum Anwachsen der Herstellungskosten bei; ausschlaggebend sind sie jedoch zweifellos nicht, denn weit mehr als die Steuererhöhungen der Arbeiter — das möchten wir wiederholt zu erlernen Veranlassung nehmen — kommt die Verteuerung der zum Druck erforderlichen Materialien, insbesondere des Papiers, in Frage.

Preisunterbietung eines tariffreien Prinzipals. Von durchaus glaubwürdiger Seite wird uns aus Naumburg ein krasser Fall von Schmutzh Konkurrenz gemeldet. Nach dieser Schilderung hatte eine dortige Innung eine Preisliste als Druckauftrag bei 100 Stück Auflage von drei verschiedenen Naumburger Druckereien berechnen lassen. Die Angebote lauteten auf 147,50 Mk., 135 Mk. und 80,50 Mk. Das billigste Angebot wurde berücksichtigt, der Auftrag der Druckerei Kühn & Co. übergeben. Auf Grund einer Beschwerde beim Kreisbureauamt ist der tarifliche Preis für diese Arbeit auf 158 Mk. festgelegt worden, die in Betracht kommende Firma wurde zur Nachforderung der Preisdifferenz beim Auftraggeber verpflichtet. Der Inhaber der genannten Druckerei ist nach den Angaben unsres Gewährsmannes seit Jahren in der Bewegung zur Hebung des Handwerkerstandes aktiv tätig, ist selbst Mitglied des Vorstandes der Sächsischen Handwerkerkammer und tariffreier Prinzipal. Um so mehr ist diese ungebührliche Unterbietung zu verurteilen; wie lassen sich die von diesem Herrn vertretenen Grundzüge zur Rettung des schwer bedrängten Mittelstandes vereinbaren mit dem angeführten Kalkulationsbeispiel im eignen Beruf, der doch besonders in der Zeit nicht minder einer Hebung und Förderung bedarf als andre Berufsstände? Und wie ist es möglich, mit einem derartig niedrigen Preis überhaupt auszukommen?

Von der Pressefreiheit. Aufsätze in Münchner Zeitungen müssen nach einem neuerlichen Beschlusse des bayerischen Zentralrats vom Verfasser genehmigt werden, und zwar deshalb, weil man vermeiden will, Leute für die öffentliche Meinung sprechen zu lassen, die für ihre Äußerungen einzutreten nicht den Mut besitzen. Wenn auch die Gründe, die zu diesem Beschlusse führten, durchaus zu billigen sind, so muß man andererseits doch der Auffassung zuneigen, daß derartige Anordnungen eine nicht unwesentliche Einschränkung der Pressefreiheit bedeuten. Aberdies gibt es ja für jede Zeitung einen verantwortlichen Redakteur. In das Post-, Telegraphen- und Telephonamt wird eine Kontrollkommission geschickt werden; Nachrichten, welche ins Ausland gehen und unwahre Berichte über die bayerischen Verhältnisse geben, sollen den Verfassern zurückgeschickt oder vernichtet werden. Der Wahrheit die Ehre; wenn jedoch von Vorrevolutionären eine derartige Zensur gelobt wurde, ist sie nicht mit Unrecht bekämpft worden.

Vom Buchbinderverband. In Nr. 17 des „Korr.“ berichteten wir über eine Konferenz der Gauleiter des Buchbinderverbandes, in welcher sich die Delegierten über die an die Prinzipalfakt zu stellenden Forderungen einigten, und im Anschlusse daran von den Verhandlungen zwischen Vertretern der Prinzipale und Gewerkschaften, die ein negatives Resultat zeigten. Die Gewerkschaften erklärten damals, daß sie das Reichsarbeitsamt als Vermittlungsamt anrufen würden. Das ist nunmehr geschehen, und die Verhandlungen haben stattgefunden. Aber auch in diesen Verhandlungen war weder über die geforderten Steuererhöhungen noch über die prozentualen Aufschläge auf die tariflichen Wochenverdienste eine Einigung zu erzielen, und die Beratungen mußten wiederum ergebnislos abgebrochen werden, wobei die von beiden Parteien gemachten Zugeständnisse zurückgezogen wurden. Schließlich einigte man sich dahingehend, daß die Angelegenheit einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll. Zum Vorsitzenden dieses Schiedsgerichts wurde Regierungsrat Dr. Sgher vom Reichsarbeitsamt gewählt.

Der Achtfundentag in Italien. Zwischen den Unternehmerverbänden und den Arbeiterorganisationen der Metallindustrie in Italien kam betreffs Einführung des Achtfundentags eine Einigung zustande. Danach soll mit Wirkung ab 1. Mai der Achtfundentag zunächst für die Maschinen- und die Maschinenindustrie durchgeföhrt werden, während ab 1. Juli die achtfundige Arbeitszeit für die gesamte Eisenindustrie Italiens zur Einführung gelang. Hossentlich werden bald auch die Arbeiter der übrigen Industrien und Gewerbe der Segnungen des Achtfundentags teilhaftig.

Forderungen der Frauen zur Friedenskonferenz. Vertreter der Frauen, die leghit mit der Friedenskonferenz in Paris verhandelten, stellten die Forderung

nach Aufnahme folgender Bedingungen in den Friedensvertrag: Einführung des Achtfundentags, englische Arbeitszeit, Gleichstellung der Löhne für Männer und Frauen, internationale Regelung der Arbeitszeit für verheiratete Frauen und Einführung internationaler Bestimmungen für den gesetzlichen Schuß von Kindern und Müttern.

Gewerkschaftsvertreter bei den Friedensverhandlungen. Als Sachverständige zu den Friedensverhandlungen sind von der deutschen Regierung der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften, Legien, der Generalsekretär der deutschen Gewerkschaften, Hartmann, und der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, ernannt worden.

Eine bemerkenswerte Beurteilung des mitteldeutschen Generalfreilichs. Vor einigen Tagen fand in Köthen eine Bezirkskonferenz der Vertrauensleute der freigewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisation statt, welche den mitteldeutschen Generalfreilich nachdrücklich aufschärft verurteilte. Die Entfristung, die sich der Konferenzteilnehmer bemächtigte, legte sich in einer mit 61 gegen 9 Stimmen angenommenen Entschlieung wider, in welcher mit Bedauern festgesetzt wurde, daß die Delegierten der am 23. Februar in Halle abgehaltenen Konferenz grblich belogen und betrogen wurden. Der Generalfreilichbeschlusse wäre nicht gefahrt worden, heißt es in der Resolution, wenn die Delegierten über das Ergebnis der Verhandlungen in Weimar wegen der Betriebsräte unterrichtet und die Vereinbarungen mit der Reichsregierung bekanntgegeben worden wären. Die Konferenz mißbilligte mit Entschiedenheit „diese gewissenlose Handlungsweise unverantwortlicher politischer Drahtzieher“ und wurde sich darüber einig, in Zukunft derartige arbeiterfeindliche Beschlüsse zu verhindern.

Zur Erwerbslosenfürsorge. Wichtige Bestimmungen enthält eine kürzlich erlassene Verordnung des Demobilisierungskommissars. Um denjenigen Erwerbslosen, welche beabsichtigen, außerhalb ihres bisherigen Wohnortes Arbeit anzunehmen, ihren Einschluß zu erleichtern, sind neue Vergünstigungen geschaffen worden. Sie erhalten nicht nur wie bisher freie Fahrt für sich selbst, sondern auch für ihre Familienangehörigen, die in den Beschäftigungsor mitreisen oder nachziehen; außerdem noch eine angemessene Beihilfe zu den Reisekosten für sich und die Familienangehörigen. Auch können die Gemeinden des letzten Wohnortes eine Beihilfe zu den Ankosten der Beförderung des Umzugsguts gewähren. Eine weitere nicht unwichtige Bestimmung geht dahin, daß für Orts, in denen die bisher vorgeschriebenen Unterstützungsbeschlüsse gemäß der Sozialklasseneinteilung in einem Mißerbverhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen, die Landeszentralbehörde eine Erhöhung dieser Höchsthöhe bis zum einhalbfachen Orisoln, jedoch nicht über die Höchsthöhe der Klasse A, das ist 6 Mk., hinaus vornehmen kann.

Zur Wiedereinführung der Sommerzeit. In diesem Jahre soll die Sommerzeit am 16. April zur Einführung kommen und bis zum 15. September dauern. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit einer Änderung der Zeitverhältnisse während der Sommermonate sind bekanntlich geteilt. Auch der Zentralrat in Bayern erachtet eine derartige Maßnahme für überflüssig, und zwar in Anbetracht der verkürzten Arbeitszeit der städtischen Arbeiterkassen sowie deshalb, weil die Landwirtschaft von jeder der Sommerzeit ablehnen gegenüberstanden hat. Aus diesem Grunde hat der bayerische Zentralrat bei der Reichsregierung Protest gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit erhoben.

Briefkasten

W. B. in B.: Der Entschluß des Reichschiebsgerichts hat für beide Teile verbindliche Kraft. Die von der Firma beabsichtigte Annullierung des Gewerbegerichts erscheint ausstichlich und zwecklos. Nach allgemeiner Erfahrung pflegen die Entschlüsse unterer tariflichen Rechtsprechung von den Gewerbegerichten als zu Recht bestehend anerkannt zu werden. — **G. W. in Wösten:** Vielen Dank für orientierendes Material. Waren wir zunächst den Ausgang der Dinge ab. — **W. in Dresden:** Wiedergewonnen. Besten Dank! — **G. W. in Konstanz:** 3,05 Mk. — **G. A. in Radeck:** 3,25 Mk. — **M. in Kottbus:** 3,25 Mk. — **J. Sch. in Wismar:** 3,85 Mk.

Verchiedene Eingänge

„Typographische Mitteilungen.“ Das dritte Heft des sechszehnten Jahrgangs ist heute erschienen. In Bezug auf Inhalt und Ausstattung reißt es sich würdig seinen Vorgängern an. Der Leser findet sehr beachtenswerte Artikel und Lehrreize, den Fortbildungsbeitrag betreffende Arbeiten. Wir heben besonders hervor die Artikel: „Typographische Raumkunst“ und „Der Wert der vierten Auftragwohle“. Musterartige farbige Zeichnungen und Druckbeispiele erhöhen in üblicher Weise den Wert des offiziellen Organs des Verbandes der Deutschen Typographischen Gesellschaften. Bezugspreis vom 1. Januar 1919 ab: 1,50 Mk. vierteljährlich für Besteller bei der Post oder bei der Buchhandlung, 8 Mk. pro Jahr bei direkter Bestellung vom Verleger der „Typographischen Mitteilungen“, Leipzig, Salomonstraße 8. Das Einzelheft kostet 75 Pf., das Doppelheft 1,25 Mk.

„Sozialistische Monatshefte.“ Herausgeber Dr. F. Bloch, alle 14 Tage ein Heft, Heft 1—3, 25. Jahrgang, 52, Bd. 1919, I. Preis 90 Pf. Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, G. m. b. H., Berlin W 35.

„Die Woche.“ Sozialistische Halbmonatsschrift. Herausgegeben von Harburg, Nr. 41—48, 4. Jahrgang, I. Band, Preis jeder Nummer 50 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfad 5 II.
Fernsprecher: Amt Aurlföhrt, Nr. 1191.

Breslau. Das Buch des Seifers Richard Sibane (Hauptbuchnummer 57236, Schellen 4578) ging bei der Ueberführung mit der Post verloren und wird für ungültig erklärt.

